

«Nürnberger Nachrichten» zu Organspende

Quelle: dpa, vom 26.09.2011 19:35:00

Es ist eine gute Lösung, den Bürgern die Freiheit einer jederzeit revidierbaren Entscheidung zu geben, sie aber wenigstens einmal im Leben mit dieser wichtigen Frage zu konfrontieren. Dieses Vorgehen berücksichtigt die Nöte der auf eine Organtransplantation wartenden Kranken ebenso wie die Zweifel derer, die sich gegen eine Spende entscheiden. Zwang darf es in dieser sensiblen Frage nicht geben.

«Neue Presse» (Hannover) zu Organspende

Quelle: dpa, vom 26.09.2011 19:35:00

Gehts um die eigene Bereitschaft zur Organspende, sind die Deutschen zu zögerlich. Das will Gesundheitsminister Daniel Bahr jetzt mit Hilfe der Krankenkassen ändern. Und mit Einführung der neuen Gesundheitskarte gleich die Spendenbereitschaft aller Versicherten ab 16 Jahren festhalten lassen. Keine bahnbrechend neue Idee, aber ein Anfang. Und zusammen mit einem neuen Transplantationsgesetz besteht die Chance, Organspenden in Deutschland ein Stück alltäglicher zu machen. Dafür bedarf es aber zunächst noch jeder Menge Aufklärung. Was passiert mit entnommenen Organen? Wer bekommt sie nach welcher Reihenfolge, wer verdient sogar daran? Ängste und Vorbehalte abbauen, um Aufmerksamkeit für die Organspende zu erzielen, muss das primäre Ziel sein. Nur dann gibt es die dauerhafte Chance für mehr Aufmerksamkeit und freiwillige Spender.

«Badische Zeitung» (Freiburg) zu Organspende

Quelle: dpa, vom 26.09.2011 19:35:00

Im Kern ist das die Aufklärung, die andere Organisationen seit Jahren mit Erfolg betreiben. Nur sollte niemand den Eindruck erwecken, als sei allein damit den Kranken geholfen, die auf ein Organ warten. Dafür muss überall in Deutschland gelingen, was heute längst nicht alle Kliniken leisten: Eine geschulte Kraft muss vertrauenswürdig denen mit Auskunft und Rat zur Seite stehen, die eben einen geliebten Menschen verloren haben und nun vor der Frage stehen, ob eine Organspende in Betracht kommt. Wo dies der Fall ist, kommt es zu so vielen Spenden wie im so bewunderten Spanien. Dass die guten Beispiele Schule machen, ist also viel wichtiger als die Entscheidungslösung.

«Mitteldeutsche Zeitung» (Halle)

Quelle: ddp, vom 26.09.2011 19:33:00

(dapd). «Jeder Deutsche wird sich künftig zu entscheiden haben, ob er nach dem Tod seine Organe zu Transplantation frei gibt, dies ablehnt oder ob er zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Stellung beziehen möchte. Die Wahlfreiheit bleibt gewahrt. Der Pflicht, sich zu erklären, entkommt aber niemand mehr. Einerseits wird eine solche Reform tausendfach Leben retten. Denn an sich ist die Spende-Bereitschaft verbreitet. Andererseits ist der Zwang zur Entscheidung den Lebenden zumutbar. Schließlich ist nicht böser Wille, sondern schlicht Schusslig- und Vergesslichkeit dafür verantwortlich, wenn Millionen zur Spende williger Menschen dies nicht mittels eines Organspende-Ausweises belegen.»

«Mannheimer Morgen» zu Organspenden

Quelle: dpa, vom 26.09.2011 19:05:00

Bisher ist die Zahl der Organspender in Deutschland relativ gering. Das liegt nicht unbedingt an einer mangelnden Bereitschaft. Viele machen sich einfach keine Gedanken darüber. Daher ist es eine gute Idee, wenn künftig Krankenkassen bei ihren Versicherten nachfragen, ob sie zu einer Spende bereit sind. So ist jeder aufgefordert, für sich eine Entscheidung zu treffen. Dabei darf allerdings niemand das Gefühl haben, moralisch unter Druck gesetzt zu werden. Mit der Anfrage ist keine Pflicht verbunden. Wer auf körperliche Unversehrtheit über den Tod hinaus Wert legt, hat das Recht dazu. Alle anderen aber könnten Leben retten. Und das sollte nicht daran scheitern, dass nie jemand nachgefragt hat.

«Stuttgarter Zeitung»

Quelle: ddp, vom 26.09.2011 17:30:00

(dapd). «Daniel Bahr möchte die Lücke zwischen Spendenbereitschaft und Organaufkommen mit einer Gesetzesnovelle schließen, und das ist richtig und sinnvoll. So wünschenswert aber eine Erhöhung der Organspenden ist, der Staat darf niemanden zu einem Ja oder Nein zwingen. Zu den allgemeinen Freiheitsrechten gehört auch, dass der aufgeklärte Bürger sich mit für ihn sensiblen Fragen eben nicht befasst, dass er sie verdrängt, aufschiebt oder unbeantwortet lässt. Es gibt Menschen, die sich rasch und bereitwillig in die Knochenmarkspenderliste für Leukämiekranke haben aufnehmen lassen, die aber die Frage des Organspendens scheuen. Weil sie in einen religiös-persönlichen Grenzbereich vordringt, weil sie eine Tabuzone betrifft, die Zeit nach dem eigenen Tod. Denn die Entnahme von Herz, Lunge oder Niere an einem Menschen ist ein schwerer Eingriff, man darf das nicht verschweigen. Er berührt die körperliche Unversehrtheit - auch von Toten.»